

Ausländische Studenten in der Bundesrepublik Flüchtlinge, Gastarbeiterkinder, ungeliebte Gäste?

Dieter Lucht

Im Rahmen der zunehmenden europäischen und internationalen Beziehungen der Hochschulen in Deutschland erfahren auch die ausländischen Studenten eine erhöhte Aufmerksamkeit. Der folgende Beitrag zeigt, welche definitorischen und statistischen Probleme sich schon dem einfach erscheinenden Versuch einer Bestandsaufnahme und Entwicklungsbeschreibung in den Weg stellen und wie sehr ausländische Studenten, nicht nur in Deutschland, von der allgemeinen Ausländerpolitik ihres Gastlandes betroffen sind. Die Euphorie wegen des Erfolges der Austauschprogramme der Europäischen Gemeinschaft wie ERASMUS, COMETT, LINGUA und TEMPUS kann dabei allzu leicht die Schwierigkeiten verdecken, vor denen ausländische Studenten stehen. Hierzu wird vom Autor ein erheblicher Forschungsbedarf angemeldet.

1 Definitive und statistische Probleme; politische Hintergründe

Will man sich über das Ausländerstudium in der Bundesrepublik Deutschland informieren, so sieht man sich einerseits einer Fülle von anekdotischen Berichten gegenüber, findet andererseits aber kaum handfeste Daten, und wo man diese aufstöbert, erweisen sie sich als widersprüchlich. Deshalb will ich zunächst ein paar kurze Bemerkungen zu den benutzten Quellen machen, bevor ich auf einige Vermutungen zu sprechen komme, die über ausländische - im besonderen türkische - Studenten in der Bundesrepublik Deutschland existieren.

In den Statistischen Jahrbüchern für die Bundesrepublik Deutschland werden seit 1951 Daten veröffentlicht, die die Zahl der - deutschen und ausländischen - Studenten ausweisen¹. Eine Aufgliederung nach Herkunftsländern wird dort leider nicht vorgenommen. Für die Zeit von 1955 - 1965 gibt es entsprechende Gesamtdarstellungen in Statistiken der Auslandsstelle des Deutschen Bundesstudentenrings². Die Daten stimmen, auch wo sie sich auf gleiche Zeiträume beziehen, nicht überein. Das liegt zum einen daran, daß bei Erhebungen des Bundesstudentenrings mehr Hochschulen erfaßt wurden, etwa Ingenieurschulen, die das Statistische Bundesamt erst seit 1972 dem Hochschulbereich zuordnet, zum anderen wohl an verschiedenen Erhebungszeitpunkten: tendenziell registriert der Bundesstudentenring mehr ausländische und weniger deutsche Studenten als das Statistische Bundesamt. Allerdings ist diese Tendenz nicht einheitlich.

Für die Zeit von 1962 bis 1978 habe ich Statistiken der UNSCO³ zu Rate gezogen, um eine Aufgliederung der ausländischen Studenten in der Bundesrepublik nach ihren Herkunftsländern vornehmen zu können, weil amtliche deutsche Quellen nicht bzw. nur vereinzelt publiziert sind. Soweit diese Daten

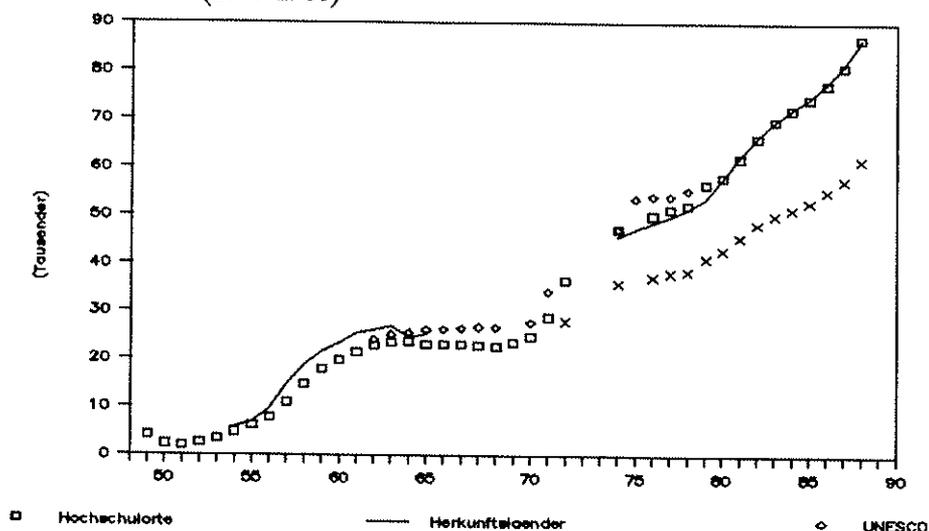
¹ Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 1951 (ff) für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart-Mainz: Verlag W. Kohlhammer, 1952 (ff). Diese Daten habe ich kürzlich im "Betreuerforum 2/89" (Bonn:DAAD, 1989), S. 3 - 18 vorgestellt.

² Auslandsstelle des Deutschen Bundesstudentenrings e.V. (Hrsg.): Das Studium der Ausländer in der Bundesrepublik, Bonn: Bundesstudentenring, 1956 ff. - Mir waren die 1., 4., 5. und 12. Ausgabe dieser Materialien nicht zugänglich; ob es nach der 15. bis 17. Ausgabe (für das Sommersemester 1965) noch weitere Ausgaben gegeben hat, ist mir nicht bekannt.

³ Statistics of Students Abroad 1962 - 1968. Where they go. Where they come from. What they study, Paris: UNESCO, 1972; Statistics of Students Abroad 1969 - 1973, Paris: UNESCO, 1976; Statistics of Students Abroad 1974 - 1978, Paris: UNESCO (Division of Statistics on Education, Office of Statistics), 1982.

sich auf Zeitpunkte beziehen, zu denen dennoch auch deutsche Statistiken vorliegen, stimmen die Angaben (erwartungsgemäß) nur selten überein. Ab 1971 stehen (teilweise) wieder Daten aus der amtlichen Statistik¹ zur Verfügung, die aber von den Daten in den Statistischen Jahrbüchern abweichen. Die Gegenüberstellung der Zahlen ergibt das folgende Schaubild, das zugleich einen Eindruck von der Entwicklung der Zahl ausländischer Studenten in der Bundesrepublik vermittelt:

Schaubild 1: Ausländische Studenten an bundesdeutschen Hochschulen (1949-1988)



Quelle für alle Schaubilder: Eigene Berechnungen nach den genannten Statistiken

¹ Es handelt sich für 1971/72 bis 1974/75 um den Aufsatz "Ausländische Studenten 1971 bis 1976" in: Wirtschaft und Statistik 1976, S. 729 - 736 und 773/774; für 1975/76 um die in der Bundestagsdrucksache 10/3784 vom 4. Sept. 1985, S. 76f veröffentlichten Daten; für 1976/77 wurde die Bundestagsdrucksache 10/5171 vom 12. März 1986, S. 33f, für 1977/78 die Bundestagsdrucksache 10/3784 vom 4. Sept. 1985, S. 76f herangezogen; ab 1978/79 Statistisches Bundesamt (Hrsg.: Fachserie 11 (Bildung und Kultur), Reihe 4.1 (Studenten an Hochschulen), 1979 ff. - Die Daten sind wegen unterschiedlicher Erhebungsmethoden nur begrenzt vergleichbar; sie stimmen mit anderen Quellen (z.B. den vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft ab 1976 herausgegeben "Grund- und Strukturdaten") nicht genau überein. Ich nenne deshalb kaum Zahlen, sondern gebe Entwicklungstrends graphisch wieder. - Soweit in den Schaubildern auch "Bildungsinländer" ausgewiesen sind, entstammen die Daten: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): "Grund- und Strukturdaten": Ausgaben 1979-1987/88.

Woran mag es liegen, daß es - nach den Angaben ein und derselben amtlichen Stelle - mehr (oder eben weniger) ausländische Studenten gibt, je nachdem ob sie an Hochschulorten gezählt oder nach ihren Herkunftsländern aufgegliedert werden? Ich vermute, daß der Studentenstatus trotz eindeutiger Definition in den Tabellenüberschriften nicht immer klar ist: Besucher von studienvorbereitenden Hochschulsprachkursen, auch von Studienkollegs, werden wohl bisweilen als "Studenten" (in der Hochschulortstatistik) gezählt, aber nicht mehr, wenn über ihre "Nationalität" (in der Herkunftsländerstatistik) berichtet wird.

Problematisch ist aber nicht allein die Definition des "Studenten", sondern zweitens auch die Definition des "Ausländers" unter ihnen. Dies möchte ich anhand eines Beispiels verdeutlichen: Eher zufällig findet man in historischen Darstellungen Hinweise auf ausländische Studenten aus bestimmten Ländern, so z.B. über die ungarischen¹ Studenten in vergangenen Jahrhunderten an den Universitäten Erlangen und Marburg. Die stärkste Gruppe waren damals wohl Studenten der Theologie². Ein Blick auf die Entwicklung der Zahlen ungarischer Studenten an den bundesdeutschen Hochschulen nach dem Ende des zweiten Weltkriegs zeigt nun folgendes:

Vom Wintersemester 1954/55 bis zum Wintersemester 1957/58 steigt die Zahl der ungarischen Studenten explosionsartig von 26 auf 1.037; bis zum Sommersemester 1965 geht sie dann allmählich auf 359 zurück. Seit dem Wintersemester 1976/77 schwankt die Zahl der ungarischen Studenten um 300. Während man wohl der Interpretation zustimmen kann, daß 1957 "politische Flüchtlinge" aus Ungarn an deutsche Hochschulen drängten³, wird man die gegenwärti-

¹ Vgl. Jukunda Nagy: Ungarische Studenten an der Universität Marburg 1571 - 1914, Darmstadt und Marburg: Selbstverlag der Hessischen Historischen Kommission Darmstadt und der Historischen Kommission für Hessen, 1974; Rudolf Endres: Die ungarischen Studenten der 1780er Jahre. Ein kleiner Fund zur Frühgeschichte der Universität Erlangen, in: Erlanger Bausteine zur fränkischen Heimatforschung, 11. Jahrgang, Jahresheft 1964, S. 23 - 24, Erlangen: Geschäftsstelle des Heimatvereins, 1964; Ernst G. Deuerlein: Eine Siebenbürger Landsmannschaft an der Universität Erlangen im 18. Jahrhundert, in: Erlanger Bausteine zur fränkischen Heimatforschung, 11. Jahrgang, aaO, S. 25 - 27.

² Herbert Scuria: Umfang und Richtung der zwischenstaatlichen Studentenwanderung, Diss.phil. Leipzig, 1933, S. 42: "Bis zu 40 % der Ungarn waren Theologen, vor allem in Halle, an dessen Universität seit alter Zeit Stipendien für Siebenbürger Sachsen bestanden, die zum Teil von der früher selbständigen Universität Wittenberg übernommen worden waren".

³ Gerhard Kath: Das soziale Bild der Studentenschaft in Westdeutschland und Berlin. Sommersemester 1959, Berlin: Colloquium Verlag, 1960: "Daß über 1000 Studenten aus Ungarn in Westdeutschland studieren, ist eine Folge politischer Vorgänge. Ebenso dürften politische Einstellungen für das starke Zunehmen der Studierenden aus Ägypten und dem Iran verantwortlich sein." (S. 14); entspre-

gen Zahlen nicht anders interpretieren können, als daß die Studenten der "zweiten Generation", also die Kinder jener Flüchtlinge, immer noch als Ausländer gezählt werden, obwohl sie sich von deutschen Studenten nur durch den Zufall eines fremden Passes¹ unterscheiden dürften. In der aktuellen Situation wird auf diese Kategorie ausländischer Studenten gern mit dem Kürzel "Bildungsinländer" Bezug genommen.

Die Frage, ob die in der amtlichen Statistik der Bundesrepublik Deutschland verwendete Definition des "ausländischen" Studenten angemessen ist oder nicht, kann hier nicht erörtert werden. Es sei nur darauf hingewiesen, daß sie nicht Erfindung der Statistiker ist, sondern aus dem Hochschulzulassungsrecht übernommen wurde, daß ferner in anderen Ländern solche "Bildungsinländer" in der Regel nicht als ausländische Studenten² gezählt werden, was die Vergleichbarkeit von Studentenstatistiken zusätzlich kompliziert. Bedenklicher als die mangelnde Vergleichbarkeit ist freilich, daß Studien, die sich mit Studenten aus "Entwicklungsländern" beschäftigen, diesen Mangel reproduzieren³, also nicht berücksichtigen, daß eine nicht unerhebliche Anzahl von "Bildungsinlän-

chend formulieren Christoph Oehler und Hermann Pabel: Das Studium der Ausländer an den wissenschaftlichen Hochschulen in der Bundesrepublik. Ergebnisse einer Erhebung, Bonn: Deutsches Studentenwerk e.V., 1967: "Der Rückgang der Zahl der ungarischen Flüchtlingsstudenten bedarf keiner Erläuterung" (S. 21).

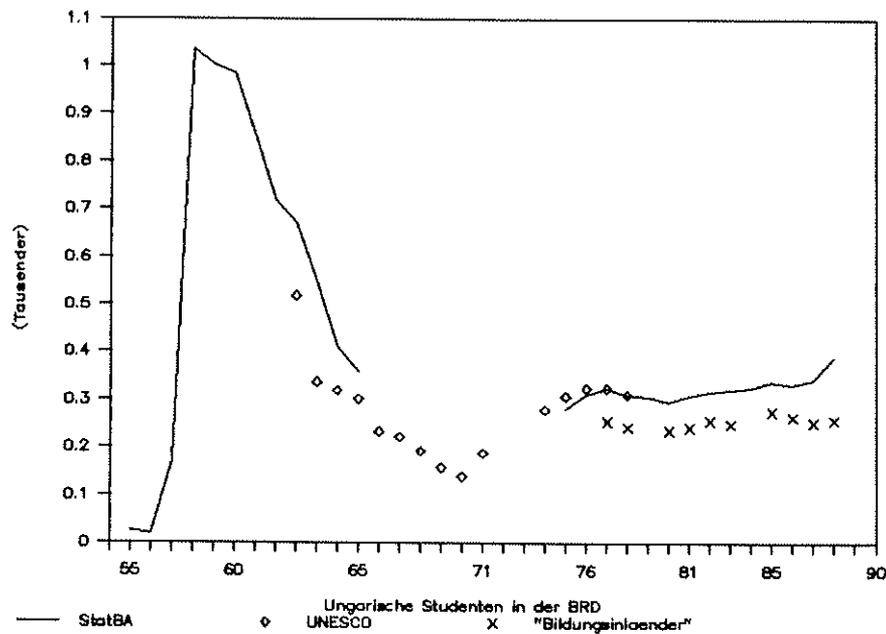
¹ David Baker und Gero Lenhardt: Ausländerintegration, Schule und Staat, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1988, S. 40 - 61, kommentieren: "Der Staat schafft also für Inländer und für die verschiedenen Gruppen der Ausländer unterschiedliche Lebenslagen ... Mit der bürgerlichen Maxime, "jedem nach seiner Leistung", konkurriert jetzt eine andere, nämlich "jedem nach der Hauptstadt seiner paßausstellenden Behörde". Der Paß wird zur entscheidenden Existenzbedingung eines Individuums" (S. 42).

² Vgl. UNESCO (Hrg.): Statistics of students abroad 1962 - 1968, aaO, S. 9: "Aux termes de la définition adoptée par l'UNESCO, "un étranger est une personne inscrite dans un établissement d'enseignement supérieur d'un pays où d'un territoire où elle n'a pas sa résidence permanente".

³ Die verdienstvolle Studie von Bernd Groß und Martin Zwick: "Studienabbruch bei Studenten aus Entwicklungsländern in der Bundesrepublik Deutschland" (Saarbrücken: Verlag Breitenbach, 1982) gibt z.B. eine Übersicht über die Studenten aus Entwicklungsländern (S. 8), deren Anteil an allen ausländischen Studenten sie mit 63 % beziffern (S. 7). Obwohl sie an einzelnen Hochschulen hierunter zwei Drittel "Bildungsinländer" fanden (S. 121), schlußfolgern sie bemerkenswert vorsichtig: "In Ansätzen macht sich bereits die "zweite Generation" bemerkbar" (S. 177). - Meines Erachtens ist die Einschätzung des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft (in: informationen bildung wissenschaft Nr. 6/87, S. 98): "Derzeit haben wir zu wenig ausländische Studenten bei uns (insgesamt zwar 77.000, wovon aber über 30.000 "Bildungsinländer" sind)", weitaus realitätsge-rechter.

dern" de facto nicht aus "Entwicklungsländern" kommt. Darüber, wie groß dieser Anteil von "Bildungsinländern" unter den Studenten aus "Entwicklungsländern" sein mag, gibt es meines Wissens nur Schätzungen, die diesen Anteil auf rund 30% (aller ausländischen Studenten) beziffern, aber keine (veröffentlichten) Untersuchungen. In der Studentenstatistik werden die Daten, die zur Bestimmung des "Bildungsinländer"-Anteils benötigt würden, durchaus erhoben, auch ausgewertet. Warum diese Daten aber nicht publiziert werden, ist rätselhaft. Das Ausländerstudium ist, wie es scheint, sogar für die amtliche Statistik ein Problem.

Schaubild 2: Ungarische Studenten an bundesdeutschen Hochschulen (1955 - 1988)



Betrachtet man nun - des gebotenen Mißtrauens durchaus eingedenk - die veröffentlichten Statistiken, die eine Unterteilung der ausländischen Studenten an bundesdeutschen Hochschulen nach ihren Herkunftsländern vornehmen, so fällt zunächst ins Auge, daß die jeweils meisten ausländischen Studenten in dem betrachteten Zeitraum von fast vierzig Jahren aus den vier Ländern Griechenland, Iran, Türkei und USA kommen; Ägypten (bzw. seinerzeit: die Vereinigte Arabische Republik), Frankreich, Indien, Indonesien und Norwegen nehmen je einmal den vierten Rang ein. BOCKHORNI et al. konstatieren in Übereinstimmung mit der eher impressionistisch gehaltenen Literatur, daß "Deutschland ... seit jeher das Ziel der Studenten jener Länder (war), die nicht unter dem ausschließlichen Kultureinfluß einer bestimmten Kolonialmacht standen - die Türkei, der Iran und Afghanistan sind nur einige Beispiele"¹. Günther RÖGLER erinnert sich: "Nach dem zweiten Weltkrieg waren während der Besatzungszeit und auch noch lange Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik die Deutschen von der übrigen Welt isoliert. Aber recht bald setzte ein Zustrom von Studenten in die deutschen Hochschulen aus solchen Ländern ein, die entweder keine eigenen Hochschulen hatten, oder deren Hochschulen nicht in der Lage waren, die Studenten aus dem eigenen Land aufzunehmen. ... Wir Deutsche waren froh, daß aus dem Vorderen Orient, Lateinamerika, Südostasien und auch schon aus den unabhängig gewordenen Gebieten Schwarzafrikas junge Menschen einen für ihr Leben und ihr Land entscheidenden Abschnitt ihres Werdegangs bei uns zu erfüllen suchten."²

Der ungehinderte Zugang ausländischer Studenten zu den deutschen Hochschulen in den fünfziger Jahren, der nach Ansicht mancher Beobachter³ durchaus nicht die besten ins Land gelockt hatte, sondern allenfalls die zweite

¹ Reinhard Bockhorni et al.: Ausländerstudium in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden: Nomos Verlag, 2. überarbeitete Auflage, 1987, S. 23.

² Günther Rögler: 25 Jahre Studienkolleg: Einige Bemerkungen zum Ausländerstudium in der Bundesrepublik Deutschland, in: Reinhold Scheerer et al. (Hrsg.): Lernen und Lehren am Studienkolleg. Eine Festschrift zum 25jährigen Bestehen der Studienkollegs, Saarbrücken: Studienkolleg bei der Universität des Saarlandes, 1985, S. 79. Ähnlich äußert sich Werner Weber: Betrachtungen zur Rolle der Studienkollegs im Rahmen der Ausländerzulassungspolitik, in: World University Service, Deutsches Komitee e.V. (Hrsg.): Studienkollegs - Kapazitätssteuerung oder Propädeutikum, Wiesbaden-Bonn: World University Service (Auszeit Nr. 5, 20. Jg.) Dezember 1982, S. 15 - 22.

³ So beispielsweise A. Ghanie Ghaussy: Gefährdete Ausbildungshilfe. Zur Problematik der akademischen Ausbildung von Führungskräften aus den Entwicklungsländern. Tübingen: J.C.B. Mohr (Siebeck), 1962: "Ein Grund für das Studium in Deutschland mag aber auch sein, daß andere europäische oder amerikanische Universitäten keine Zulassung erteilen. ... Auch gilt die Bundesrepublik als ein relativ billiges Studienland mit bislang leichten Zulassungsmöglichkeiten" (S. 10).

Garnitur¹, ist in den sechziger Jahren deutlich gebremst. Ursache hierfür scheint aber nicht, wie einige erhofft, andere befürchtet haben², die Einrichtung von Studienkollegs (für ausländische Studierwillige, deren Vorbildung als unzureichend angesehen wurde) gewesen zu sein als vielmehr die Einführung von Zulassungsbeschränkungen an den deutschen Hochschulen. Dafür, daß derlei hochschulspezifische Faktoren zur Erklärung des Phänomens herangezogen werden können, spricht, daß im selben Zeitraum auch die Zahl der deutschen Studenten deutlich geringer ansteigt als in den Jahren zuvor. Die Zahl sowohl der deutschen wie auch der ausländischen Studenten steigt erst seit dem Beginn der siebziger Jahre wieder deutlich an, wobei freilich ein Teil dieses Wachstums darauf zurückzuführen ist, daß nunmehr als Student gezählt wird, wer zuvor noch als Schüler galt. Daher ist der Anstieg der Studentenzahlen unerwartet steil; betrachtet man nur die Institutionen, die schon zuvor erfaßt worden waren, vollzieht sich dieser Anstieg weniger überraschend, aber dennoch erklärungsbedürftig.

Im Bericht der Kultusministerkonferenz "Zur Situation der ausländischen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland" vom 8. Oktober 1981, dessen empirische Aussagen wesentlich auf der Studie von Lutz GRÜNEBERG³ beruhen und nur lückenhaft sind, gelten die von RÖGLER noch enthusiastisch begrüßten Studenten als Problemfälle, "die im Heimatland eine Zulassung nicht erhalten haben und sich ein Studium in Ländern, in denen Studiengebühren erhoben werden, nicht leisten können oder dort aufgrund strengerer Auslesekriterien nicht zugelassen wurden oder das begonnene Studium abbre-

¹ Vgl. Burkhard Schade: Das Studium im Ausland als psychologischer Prozeß. Orientierungsprobleme bei Studenten aus Entwicklungsländern an deutschen Hochschulen, Bonn: H. Bouvier & Co, 1968, S. 29; Heinrich Pfeiffer: Ausländische Studenten an deutschen Hochschulen 1951 - 1961, Wiesbaden: Franz Steiner Verlag, 1962, S. 19.

² Vgl. Joachim Gutmann: Kapazitätssteuerung oder Propädeutikum - Aktuelles zum Thema Studienkolleg, in: World University Service, Deutsches Komitee e.V. (Hrsg.): Auszeit Nr. 5, 20. Jg., Dezember 1982, S. 5 - 14; Wiesbaden-Bonn: World University Service, 1982.

³ Lutz Grüneberg: Die soziale Situation ausländischer Studenten in der Bundesrepublik Deutschland, Konstanz: Universität Konstanz, Zentrum I Bildungsforschung, 1977. Die mangelnde Antwortbereitschaft der Studenten zwang Grüneberg dazu, sich mit Experteninterviews und Gruppendiskussionen zu behelfen. Das schmälert die Qualität seiner Ergebnisse nicht, läßt aber doch erhebliche Zweifel an deren Repräsentativität zu.

chen mußten"¹. Derlei Mutmaßungen sind nicht auf Studenten aus Frankreich, Norwegen oder USA gemünzt, sondern beziehen sich verallgemeinernd auf Studenten aus Entwicklungsländern, so daß pauschale Abwehrmaßnahmen gegen unerwünschte Studienbewerber, wie z.B. eine strengere Bewertung der Vorbildungsnachweise oder gar eine Quotierung der Zulassungen je Herkunftsland, erwogen und zum Teil auch alsbald in die Praxis² umgesetzt wurden. Förderungsprogramme, wie sie 20 Jahre zuvor mit der Errichtung von Studienkollegs ersonnen worden waren, stehen jetzt nicht zur Debatte. Es ist nicht übertrieben, von einer ausländerfeindlichen Stimmung³ zu sprechen, die nunmehr vorherrscht. Münchner Studenten brachten daher die Autoren des sogenannten Heidelberger Manifests mit dem Bericht der Kultusministerkonferenz in Verbindung:

"Am heutigen Mittwoch, 20.1.82, finden an den Hochschulen des Freistaats Bayern erstmals die von der Kultusministerkonferenz beschlossenen Kontrollen des Akademischen Ausländerüberwachungsamtes (AAÜA) zur Überprüfung von Nationalität und Hochschulzugangsberechtigung ausländischer Studenten statt. Sie wurden notwendig, da die bisherige liberale Zulassungspolitik an ihre Grenzen dann stößt, wenn Deutsche in ihren Wohnbezirken und an ihren Ausbildungsstätten Fremdlinge in ihrer eigenen Heimat zu werden drohen..."⁴

¹ Bericht zur Situation der ausländischen Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland. Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 8. Oktober 1981. Bonn: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, 1981, S. 9 (im folgenden KMK-Bericht (1981)).

² KMK-Bericht (1981), S. 16; Hochschulpolitische Informationen Nr. 11 vom 5. Juni 1981 berichtet: "TH Aachen weist Griechen, Iraner und Türken zurück". Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Empfehlungen zum Studium von Studierenden aus Entwicklungsländern in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn: 1987) spricht deutlich aus: "Die Zahl der 'echten Studienanfänger aus EL, die in den vorhergehenden Jahren kontinuierlich gestiegen waren, hat seit 1982 einen deutlichen Einbruch zu verzeichnen. Dieser Rückgang kann mit der 14. Änderungsverordnung (AVO) zum Ausländergesetz (1982) in Verbindung gebracht werden" (S. 6).

³ Vgl. Benno Kunze: Ausländerfeindlichkeit der Kultusminister?, in: Neue Deutsche Schule 17/1983, S. 10 - 11.

⁴ Aus einem Flugblatt eines Arbeitskreises "Mehr Ausländer an unsere Hochschule" vom 15. Januar 1982; aus anderen Flugblättern desselben Arbeitskreises läßt sich schließen, daß dieser bei der ESG eingerichtet/beheimatet war.

2 Ausländische Studenten in der Bundesrepublik Deutschland - ausgewählte Gruppen

2.1 Studenten aus Indonesien

Die Änderungen der ausländerrechtlichen Vorschriften hierzulande "zeigen sich am erschreckendsten bei den Indonesiern"¹, wie die Arbeitsgemeinschaft der Direktoren von Studienkollegs im Jahre 1984 formulierte. Ein Jahr zuvor noch hatte Ernst HAUBOLD die Schlagzeile erfunden: "Die Indonesier studieren am liebsten in der Bundesrepublik"². Doch ist Vorsicht geboten bei der Interpretation: Obwohl der Rückgang der Studentenzahlen aus Indonesien mit den ausländerrechtlichen Zugangsbeschränkungen einhergeht, die hierzulande beschlossen wurden, wäre durchaus denkbar, daß dieser Zusammenhang nur zufällig besteht. Denn ebenso könnten innerindonesische Entwicklungen (z.B. eine Verknappung verfügbarer Devisen³, insbesondere für Angehörige der chinesischen Bevölkerungsgruppe) für den Rückgang der Studentenzahlen ursächlich sein. Immerhin setzt der Rückgang der Studentenzahlen aus Indonesien offenkundig schon Mitte der siebziger Jahre, also weit vor 1981, ein. In einem Artikel über das Auslandsstudium konstatiert die in Hongkong erscheinende Zeitschrift "Asiaweek" freilich, daß im Jahre 1984 "Indonesia's 43 public universities received applications from 400.000 high school graduates; they only had places for 70.000"⁴, daraus läßt sich schließen, daß also der Mangel an Studienplätzen weiterhin ein gewichtiger Faktor ist, im Ausland zu studieren. Haben indonesische Studieninteressenten also neue Zielländer (Japan/-USA) entdeckt? Oder sollten diese den indonesischen Markt für sich gefunden haben?

¹ Zitiert nach Karl-Ludwig Leip: Rede zum Jubiläum, in: Karl-Ludwig Leip (Hrsg.): Studienkolleg für ausländische Studierende, Frankfurt am Main 1959 - 1984, aaO, S. 16.

² Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. Mai 1983; Haubold konstatiert freilich auch eine "zunehmende Attraktivität japanischer und amerikanischer Hochschulen" für die indonesischen Studenten und fragt besorgt, "ob die restriktivere Ausländerpolitik nicht den deutschen Interessen schadet".

³ Stipendien deutscher Institutionen haben allenfalls marginale Bedeutung; denn "jährlich kann der DAAD 15 Jahresstipendien für junge indonesische Akademiker anbieten, die sich an einer deutschen Hochschule wissenschaftlich weiterbilden wollen." (DAAD-Pressenotiz 11/87 vom 8. Dezember 1987).

⁴ "Exodus West", in: Asiaweek, march 1, 1985, S. 22

Schaubild 3: Indonesische Studenten an bundesdeutschen Hochschulen (1955 - 1988)

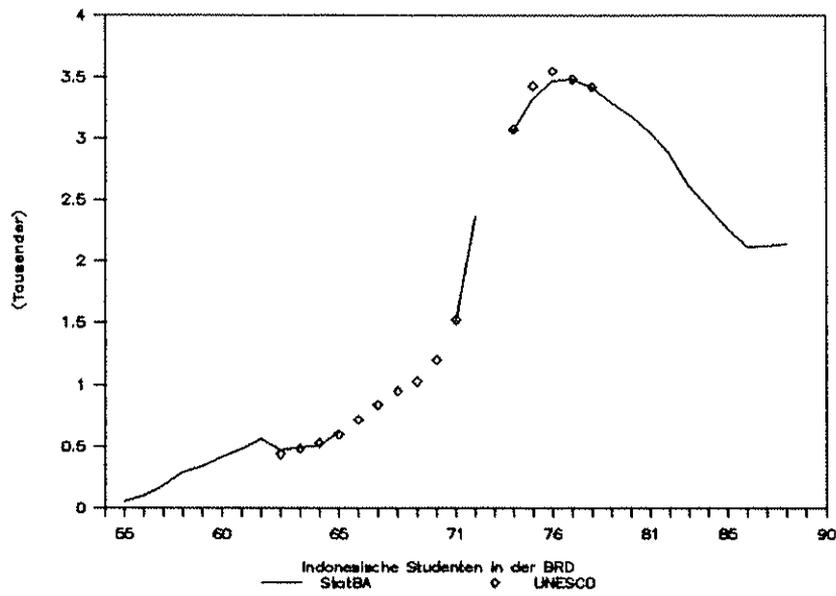
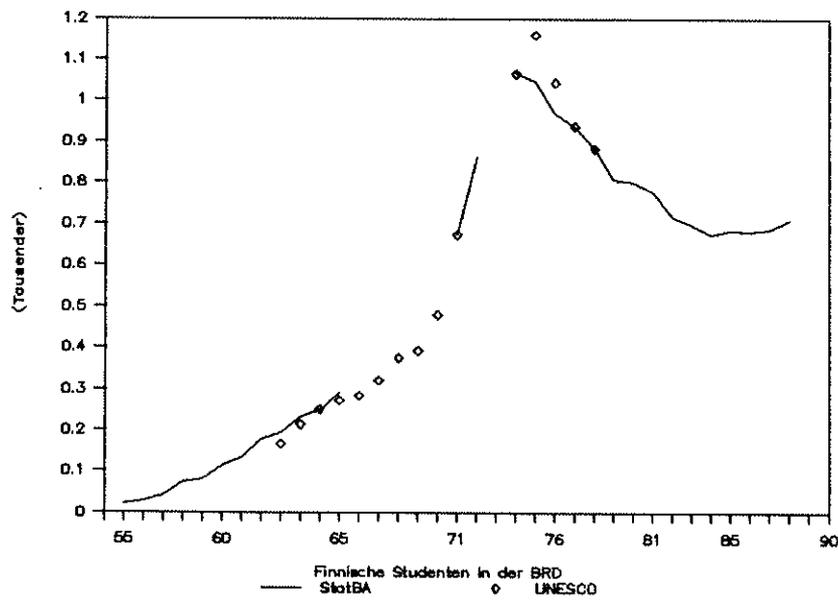


Schaubild 4: Finnische Studenten an bundesdeutschen Hochschulen (1955 - 1988)



2.2 Studenten aus Finnland

Ein Blick auf die Entwicklung der Zahlen der Studenten aus Finnland zeigt, daß mit ausländerrechtlich begründeten Maßnahmen Effekte erzeugt werden, die vermutlich nicht gewollt sind bzw. waren:

Wiederum ist Vorsicht geboten: wenn auch augenscheinlich eine große Ähnlichkeit in der Entwicklung der Zahl finnischer und indonesischer Studenten besteht, könnte es durchaus sein, daß nicht die Änderung des deutschen Ausländerrechts, sondern innerfinnische Faktoren oder auch eine veränderte Attraktivität anderer Zielländer¹ diese Entwicklung zur Folge hatten. Hinzuweisen ist aber auch darauf, daß zwischen den Studenten aus beiden Ländern der Unterschied besteht, daß der Anteil der Universitätsstudenten an allen Studenten aus Finnland zwischen dem Wintersemester 1978/79 und dem Wintersemester 1987/88 gleich blieb (86.2 %) während der entsprechende Anteil der indonesischen Studenten von 68.6 % im Wintersemester 1978/79 auf 57.8 % im Wintersemester 1987/88 sinkt. Die Vermutung, daß hierfür mangelnder Studienerfolg an den Universitäten ursächlich sei, liegt meines Erachtens nahe. Die vorhandenen Studien sind freilich zu wenig aussagekräftig, weil sie auf zu kleinen Datenbasen beruhen. Gleichwohl wäre plausibel, daß die Zahl indonesischer Studenten zurückgeht, weil das Studium an deutschen Universitäten für "zu schwierig" gehalten wird, was immer das im Einzelnen heißen mag.

Ein weiterer Unterschied zwischen den Studenten beider Länder besteht darin, daß nahezu vier Fünftel der finnischen Universitätsstudenten, aber nur ein knappes Viertel der indonesischen Studenten weiblich sind. Kann man als selbstverständlich abtun, daß die Bildungsbeteiligung von Frauen in einigen Ländern, zumal wenn dort der Islam vorherrscht, niedriger liegt als in westeuropäischen Ländern²? Aus verschiedenen Statistiken läßt sich entnehmen, daß Frauen in den sogenannten Kulturwissenschaften überrepräsentiert sind; ist der eben erwähnte überdurchschnittliche Anteil von Universitätsstudenten an allen finnischen Studenten bloße Folge dieser Verteilung nach Geschlecht?

2.3 Studenten aus Indien und Norwegen

Eine ebenso frappante Ähnlichkeit zeigt die Entwicklung der Zahlen der Studenten aus Indien und aus Norwegen; hier liegt ein "Einbruch" innerhalb

¹ Vgl. z.B. Karen Leithhead: Extra cash could bring Finns flying to Britain, in: The Times Higher Education Supplement vom 11. November 1988.

² Vgl. Joseph S. Szlyiowicz: Education and Modernization in the Middle East, Ithaca-London: Cornell University Press, 1973, S. 27 ff.

Schaubild 5: Indische Studenten an bundesdeutschen Hochschulen
(1955 - 1988)

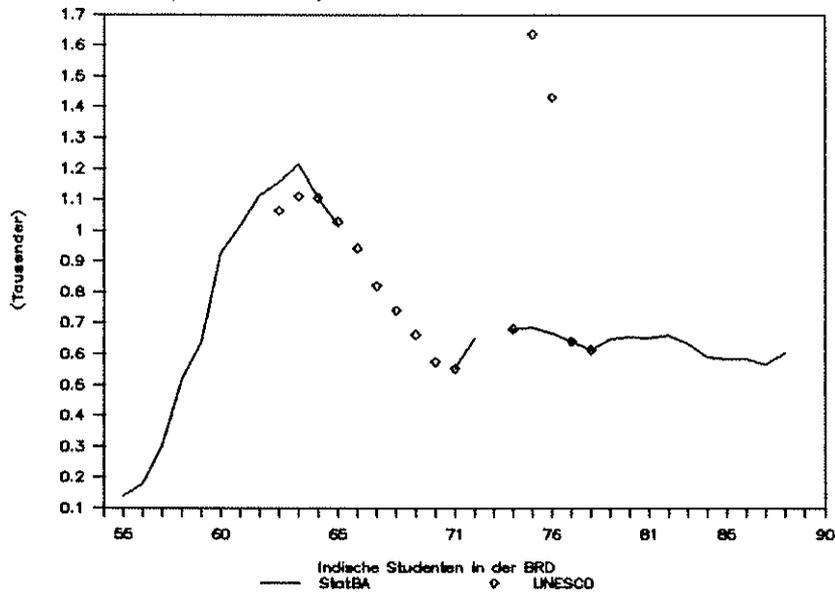
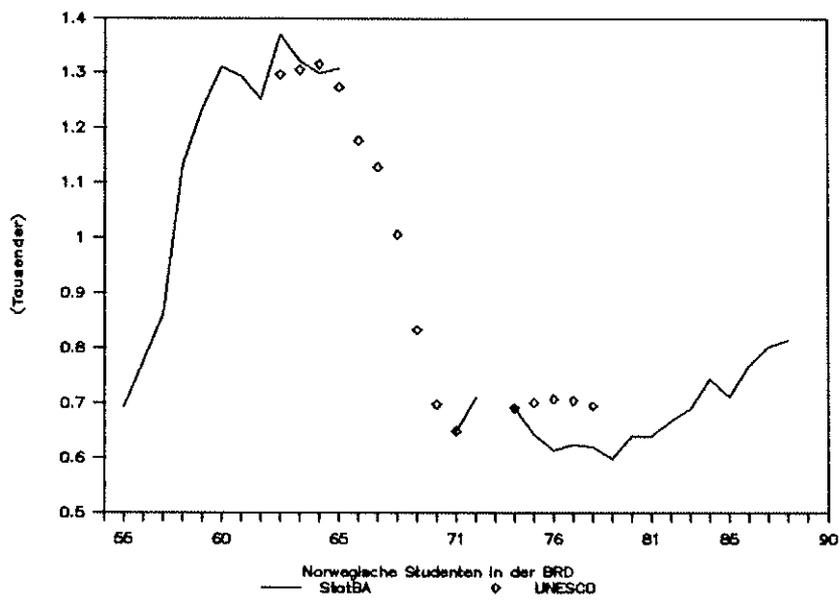


Schaubild 6: Norwegische Studenten an bundesdeutschen Hochschulen
(1955 - 1988)



der Entwicklung Ende der sechziger Jahre. Wiederum stellt sich die Frage, ob ganz plausible "innerdeutsche" oder zufällig koinzidierende Faktoren in den beiden Ländern zur Erklärung dieses Phänomens heranzuziehen wären. Für eine "inländische" Erklärung spräche, daß - nach Beobachtung vieler Autoren - die norwegischen Studenten vornehmlich Medizin studierten¹; infolge der Einführung des numerus clausus bzw. von Quoten für ausländische Studenten in den medizinischen Disziplinen wäre ein Absinken der Zahlen nicht überraschend. Aber immerhin sinken die Zahlen indischer Studenten Ende der sechziger Jahre auch in den USA² und in England³.

2.4 Studenten aus dem Nahen und Mittleren Osten

Es ergibt sich somit die wenig überraschende Einsicht, daß politische Umstürze⁴ - wie in Ungarn 1956 - oder mangelnde Studienplätze im Heimatland - wie

¹ Vgl. z.B. Heinrich Pfeiffer: aaO, S. 11: "Von den 1.300 Norwegern waren allein 56,7 % Mediziner ...".

² Philip G. Altbach: The foreign student dilemma, in: UNESCO (Hrsg.) Bulletin of the International Bureau of Education, 59. Jahrgang, Nr. 236/237, 1985, führt hierfür als Begründung an: "After Independence in 1947, India sent large numbers of students abroad with government scholarships and permitted many to study abroad with their own resources. ... However, this open policy not only proved expensive, but it also resulted in a large number of non-returning students. Indian authorities therefore adopted a more restrictive policy..." (S. 16). "More than a decade ago, the Indian Government made moves to reduce the flow of students abroad by curtailing government scholarship programmes, making it more difficult to obtain a passport for study abroad, and limiting the amount of foreign exchange available for study." (S. 10) - Die Zahl indischer Studenten in den USA ist allerdings seit Beginn der Achtzigerjahre wieder beträchtlich angestiegen. -

³ Gareth Williams: The International Market for Overseas Students in the English-speaking World, in: European Journal of Education, vol. 22, no. 1, 1987, S. 15 - 25. - Zu den damaligen Auseinandersetzungen in Großbritannien vgl. "Minerva. A Review of Science, Learning and Politics", vol 5, no. 3, 1967, S. 488; vol. 5, no. 4, 1967, S. 604; vol. 6. no. 1, 1968, S. 146.

⁴ Rahim Rahimzadeh-Oskui: Das Wirtschafts- und Erziehungssystem in der Geschichte Irans. Heterozentrismus - Autozentrismus, Frankfurt-New-York: Campus Verlag, 1981, führt aus: "Das Problem des Auslandsstudiums wurde mit dem im August 1953 durchgeführten CIA-Putsch insofern aktualisiert, als dieser zur massiven Auswanderung der iranischen Intelligenz führte ..." (S. 114) und erläutert (Anm. 177, S. 182): "Die primären Gründe sind wohl die diktatorische Regierungsform des Regimes und die undemokratische Struktur der Universität, die die demokratisch gesinnten Studenten dazu veranlaßte, das Land zu verlassen". - Hans Peter Schipulle: Ausverkauf der Intelligenz aus Entwicklungsländern? Eine kritische Untersuchung zum Brain Drain, München: Weltforum Verlag, 1973, zitiert einige

Schaubild 7: Iranische Studenten in den USA (1955 - 1988)

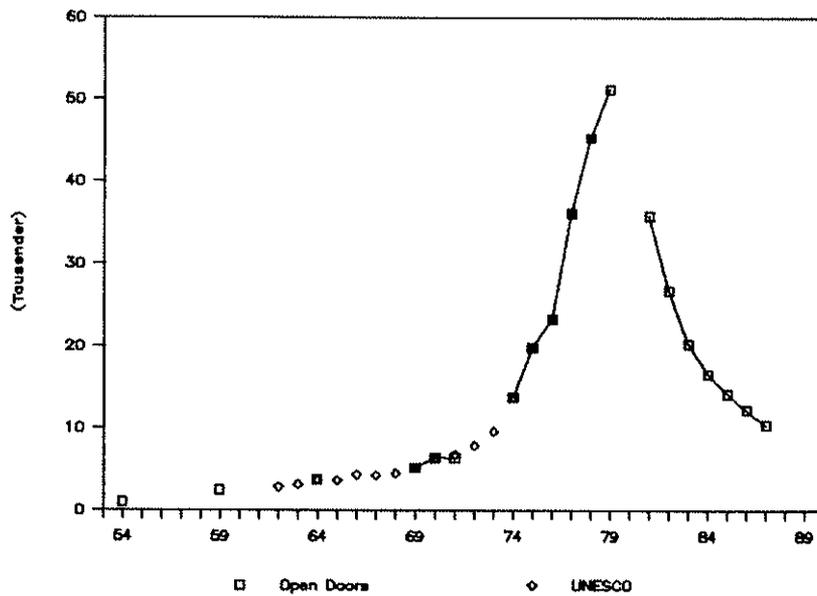
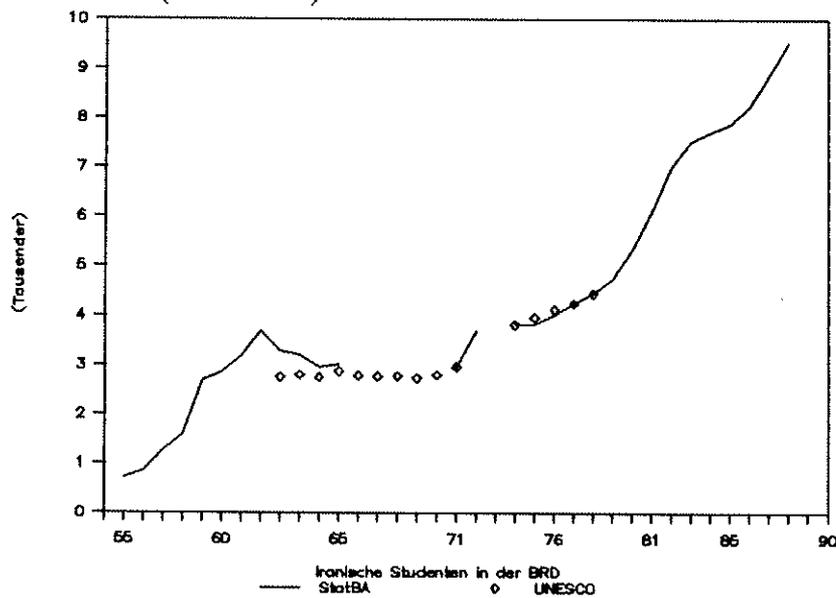


Schaubild 8: Iranische Studenten an bundesdeutschen Hochschulen (1955 - 1988)



Untersuchungen aus den USA, die das Ansteigen der Zahl lateinamerikanischer Studenten an US-Colleges auf Ereignisse der politischen Entwicklung in den Herkunftsländern zurückführen (S. 169 ff).

in Indonesien und Norwegen¹ - die Zahl der Auslandsstudenten wachsen lassen. Mangelnde Aufnahmebereitschaft der Zielländer² erzeugt "Abwehrmaßnahmen", die allem Anschein nach auch unbeteiligte (erwünschte) Gäste treffen. Ein eindrucksvolles Beispiel für den Umgang mit mißliebigen Flüchtlingen sei noch angeführt:

Die Berichterstattung in der hiesigen Presse über Auseinandersetzungen zwischen regimetreuen iranischen Studenten und politischen Flüchtlingen aus Iran zeigt, daß sogar das öffentliche Bewußtsein von ihnen Kenntnis nimmt³, wobei

¹ Karen Nossun Bie: Norwegian Students at British Universities - a Case Study of the Academic Performances of Foreign Students, in: Scandinavian Journal of Educational Research, 1976, vol. 20, no. 1, S. 4: "Owing to lack of facilities Norway has a long tradition of sending her students abroad. ...The Norwegian Government has therefore encouraged and financially assisted Norwegian students in their studies abroad. ...Great Britain has accommodated the largest number of Norwegian students abroad, apart from West Germany, during the post war period".

² KMK-Bericht (1981), S. 4: "Dabei gehen die Kultusminister davon aus, daß es nicht vorrangige Aufgabe der Hochschulen in der Bundesrepublik sein kann, durch überproportionale Berücksichtigung von Studienbewerbern einiger weniger Länder den Mangel an Studienplätzen in ihren Heimatländern zu mildern".

³ Erinnert sei hier nur an den Schahbesuch 1967 in Berlin, der von erheblichen Krawallen begleitet war (z.B. Knut Nevermann: Der 2. Juni 1967. Studenten zwischen Notstand und Demokratie. Dokumente zu den Ereignissen anläßlich des Schah-Besuchs, Köln: Pahl-Rugenstein Verlag, 1967). - Sympathien läßt die Stellungnahme der 87. Westdeutschen Rektorenkonferenz "Zum Verbot der Konföderation Iranischer Studenten (CISNU) ..." vom 2. März 1971 erkennen (vgl. Westdeutsche Rektorenkonferenz: Stellungnahmen zu internationalen Hochschulfragen, Heft I, 1968 - 1973; Bonn-Bad Godesberg: Westdeutsche Rektorenkonferenz, 1980). - Die öffentliche Meinung steht allerdings eher in Einklang mit ablehnenden Vorurteilen, wie sie bereits in früheren Untersuchungen gegenüber Iranern zum Ausdruck kamen (vgl. "Studenten aus Entwicklungsländern an deutschen Hochschulen". Ergebnisse einer Meinungsbefragung, durchgeführt von der Studienstelle für Entwicklungsländer, Bonn, in Verbindung mit dem Emnid-Institut für Meinungsforschung, Bielefeld. Bonn: Akademischer Verlag, 1963, S. 10, S. 21f; ferner: Dieter Breitenbach: Das Afrika- und Asienbild bei deutschen Studenten, Berlin-Bonn: Deutsche Stiftung für Entwicklungsländer, Dok. 59/64, 1964, S. 56: "Die meisten negativen Eigenschaften werden von der deutschen Studentenschaft dem Perser zugesprochen. Seine hervorstechendsten Eigenschaften sind nach Meinung der Befragten Eitelkeit und Rückständigkeit, weiterhin gilt er im Vergleich mit den anderen Gruppen als faul und herrschsüchtig."). Die Auseinandersetzungen in Mainz im Frühjahr 1982, die zwischen iranischen Studenten handgreiflich ausgetragen wurden, waren Anlaß zu aufgeregter Berichterstattung, die noch immer nicht ganz abgeklungen ist: Brigitte Scholtes berichtet in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 7. September 1985 über "Strandgut aus den Stürmen der Islamischen Revolution"; der Fränkische Tag (Bamberg) meldet am 26. September 1985 "Khomeinis Arm erreicht auch iranische Studenten bei uns".

die Sympathien keineswegs immer oder auch nur überwiegend den Flüchtlingen gelten. Klemens Kramm konstatiert:

"... die Virulenz der islamischen Revolution in Iran, deren Erschütterungen von tektonischer Gewalt sich wie auf einer ethnographischen Richter-Skala ablesen lassen, bestätigte sich in dem nach 1979 verstärkt einsetzenden Zustrom von iranischen Studenten"¹.

Andere, weniger sprachgewaltige Autoren haben freilich darauf hingewiesen, daß Entwicklungen in anderen "Ziel"ländern vermutlich mindestens in gleichem Umfang als ursächlich für das Anwachsen der Zahl iranischer Studenten in Deutschland anzusehen sind². Denn "the American government has been less sympathetic toward granting visas to students from Iran since the revolution in that country"³, wie sich deutlich an der folgenden Übersicht ablesen läßt.

Die Vermutung, daß Iran infolge des Krieges gegen den Irak nicht mehr über ausreichende finanzielle Ressourcen verfüge, um Studenten ins Ausland zu schicken, daß ferner die offizielle iranische Ideologie von Auslandsstudien abrate, daher also die Zahl iranischer Studenten im Ausland sinken müsse⁴,

¹ Klemens Kramm: Das Studienkolleg und seine Studenten - Eine Institution spiegelt internationale politische Entwicklungen, in: R. Scheerer et al. (Hrsg.): Lernen und Lehren am Studienkolleg, aaO. S. 70.

² So z.B. Dieter Lucht: Ausländerstudium - Erfahrung aus den letzten fünf Jahren in: World University Service, Deutsches Komitee e.V. (Hrsg.): Auszeit 9 (22. Jg., Nr. 1, März 1984), S. 26. - Vgl. auch Philip G. Altbach: The foreign student dilemma, aaO, S. 17 (bezüglich Großbritanniens). - Klemens Kramm, aaO, bemerkt selbst an anderer Stelle (S. 75), eine "schon seit Jahrzehnten bestehende Neigung der Iraner zu westlichen Studienländern".

³ Philip G. Altbach et al.: aaO, S. 10. - Drastischer formulieren Alan Smith et al.: Foreign Student Flows ..., aaO, S. 177: "Thus certain institutions in the USA are now reported to be rejecting a disproportionately high percentage of applications from Iran ... in the case of Iran, this trend was further accentuated by political measures taken in retaliation to the taking of American hostages in Teheran".

⁴ William K. Cummings: Going Overseas for Higher Education: The Asian Experience, in: Elinor G. Barber, Philip G. Altbach and Robert G. Myers (Hrsg.): Bridges to Knowledge. Foreign Students in Comparative Perspective, Chicago-London: The University of Chicago Press, 1984, S. 130 - 146; "Iran, while advancing the Islamic revolution and the war with Iraq, has lost much of her financial capacity to send students overseas and, moreover, has developed an official policy of discouraging people from such ventures. For these reasons, Iran's sending rate also should decline". (S. 143).

verliert ihre Plausibilität, wenn man sich die entsprechenden Zahlen für die Bundesrepublik anschaut.

2.5 Studenten an afrikanischen Ländern

Es wäre an dieser Stelle erforderlich, andere mutmaßliche Flüchtlingsströme und deren Einfluß auf hiesige Studentenzahlen zu erörtern. Wieviele Flüchtlinge aus Äthiopien, aus Afghanistan, aus Biafra, aus Chile sind an deutschen Hochschulen als Studenten registriert worden?

Die Entwicklung der Zahl der Studenten aus Nigeria weicht offenbar von derjenigen für alle ausländischen Studenten ab. Der deutlich stärkere Anstieg in den Jahren 1960 - 1965 ist vermutlich eher darauf zurückzuführen, daß nigerianische Zeugnisse als hiesigen Hochschulreifezeugnissen äquivalent angesehen wurden, als auf die nach Erlangung der Unabhängigkeit einsetzenden Auseinandersetzungen innerhalb des Landes¹. Für die hier interessanten Jahre 1966 - 1970 liegen leider keine Zahlen aus deutschen Statistiken über die nigerianischen Studenten vor.

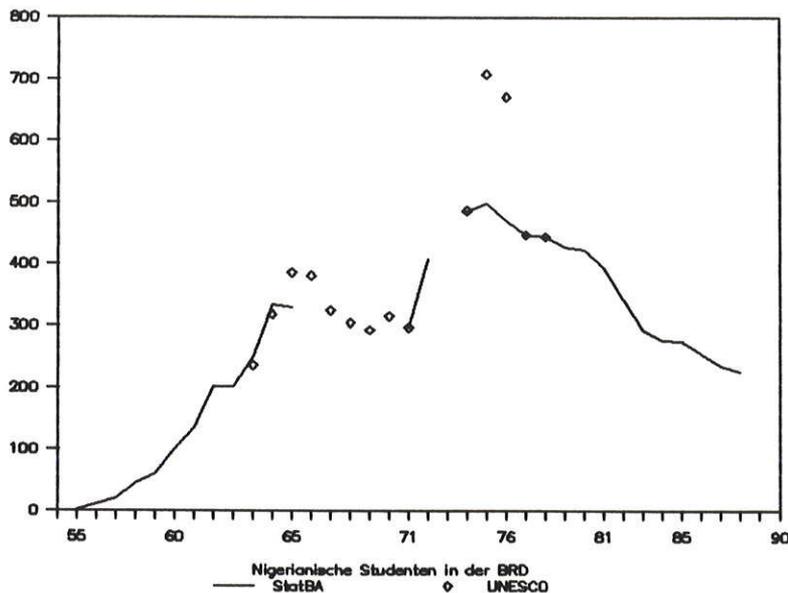
Aus dem von der UNESCO publizierten Datenmaterial geht hervor, daß sich die Zahl nigerianischer Studenten in der Bundesrepublik bis 1971 kaum verändert. Erst 1972 setzt ein Boom nigerianischer Studenten ein, wie übrigens auch in den USA². Soll man annehmen, daß die Flüchtlinge aus Anlaß der Biafra-Kriege in den UNESCO-Statistiken nicht erfaßt sind? Kann man vermuten, daß das Auslandsstudium der Nigerianer stagnierte, weil die ökonomischen Ressourcen durch eben diese Kriege absorbiert wurden, so daß keine Möglichkeiten zur Finanzierung von Auslandsaufenthalten bestanden? Belegt der 1972 einsetzende Boom nigerianischer Studenten das Interesse der Aufnahmeländer an guten Beziehungen zu dem Ölförderungsland, das durch Finanzhilfen an nigerianische Studenten demonstriert wurde? Aber die Zahl nigerianischer Studenten sinkt seit 1974 wieder, wofür anscheinend ökonomi-

¹ Ahmed Abdal Gadir Abdel Basit: Einige politische und soziale Aspekte des Studiums der Afrikaner in der Bundesrepublik Deutschland, Diss.phil. Freiburg, 1967, S. 25, gibt zu bedenken, daß Spannungen zwischen afrikanischen Studenten und den Regierungen in Ostblockländern (im Jahre 1963/64) eine Ursache dafür sein könnten, daß Afrikaner hierzulande zu studieren sich entschlossen.

² Vgl. Alfred C. Julian, Robert E. Slattery (Hrsg.): Report on International Educational Exchange. Open Doors 1976/6 - 1976/7. New York: Institute of International Education, 1978, S. 15 (Tabelle 19).

sche Gründe¹ ins Feld zu führen wären. Warum war das Interesse, wenn es denn bestanden hat, so wenig dauerhaft? Die Flüchtlinge aus Anlaß der Biafra-Kriege sind jedenfalls nach allem Anschein Einzelschicksale geblieben, die sich in den hiesigen Statistiken nicht niederschlagen.

Schaubild 9: Nigerianische Studenten an bundesdeutschen Hochschulen (1955 - 1988)



2.6 Studenten aus Polen

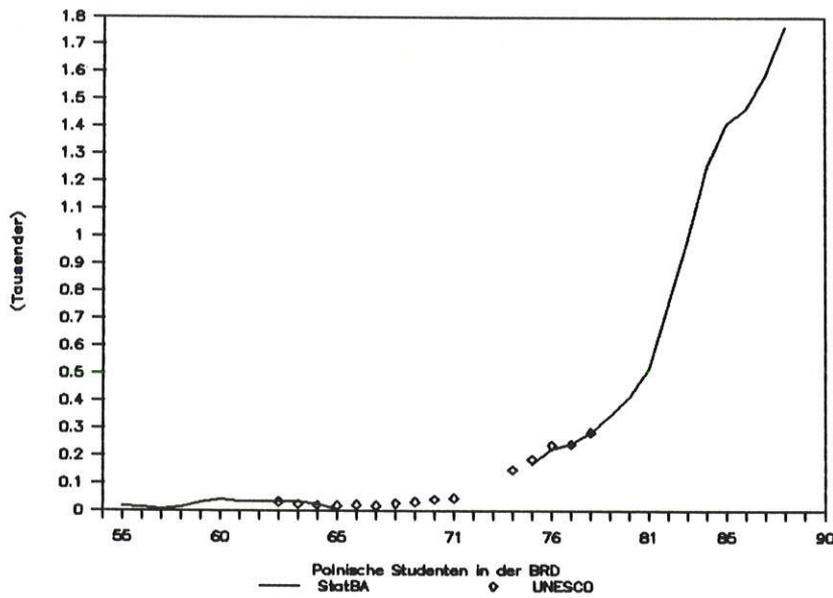
Augenfällig ist bis in die Studentenstatistik hinein, daß einige Flüchtlinge mit offenen Armen aufgenommen werden (z.B. Polen, Koreaner), andere dagegen als "Scheinasyllanten" (z.B. Ghanaer) weniger gern gesehen sind. Aus Polen stammten in den fünfziger Jahren nur jeweils ein Dutzend Studenten pro Semester. In dem erwähnten Aufsatz "Ausländische Studenten ..." ², den das Statistische Bundesamt im Jahre 1976 veröffentlichte, werden Studenten aus Ostblockländern wohl deshalb nicht gesondert ausgewiesen, weil die Zahlen zu klein waren. Seit 1978 läßt sich ein rasanter Anstieg der Zahlen polnischer

¹ Die ZEIT vom 18. November 1983: "Arme Studenten". Vgl. auch Philip Altbach et al.: a.a.O., S. 11.

² Statistisches Bundesamt: Ausländische Studenten 1971 bis 1976, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 12/1976, S. 729 -736 und S. 773/774.

Studenten feststellen, der vermutlich auch nach dem Muster "politische Flüchtlinge" erklärt werden kann und muß. Dieser Zustrom wird durchaus auch unterstützt: so etwa durch eine "Gemeinschaft zur Förderung von Studienaufenthalten Polnischer Studenten in der Bundesrepublik Deutschland e.V.", nach eigener Angabe 1984 in Freiburg von Studenten gegründet¹. Hierbei handelt es sich nicht etwa um eine Selbsthilfegruppierung polnischer Studenten, sondern um eine deutsche Initiative, die durch die katholische Kirche wie auch durch die Robert-Bosch-Stiftung ideell und finanziell gefördert wird.

Schaubild 10: Polnische Studenten an bundesdeutschen Hochschulen (1955 - 1988)



¹ Gemeinschaft zur Förderung von Studienaufenthalten Polnischer Studenten in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (Hrsg.): GFPS-Almanach 1987, S. 50f. Freiburg: 1987.

2.7 Studenten aus Griechenland und der Türkei

Wenden wir uns nun Griechenland und der Türkei zu, den beiden Ländern, aus denen jeweils die meisten Studenten an den deutschen Hochschulen kommen. Gewiß haben politische Flüchtlinge auch aus diesen beiden Ländern, freilich zu unterschiedlichen Zeitpunkten und in unterschiedlichem Ausmaß, Zuflucht an deutschen Universitäten gesucht und gefunden. Innerhalb der Gruppe der türkischen Studenten gibt es, wenngleich kaum öffentlich diskutiert¹, sicherlich auch einen nicht unerheblichen Anteil von Kurden, ebenso wie Kurden natürlich auch aus dem Irak, aus Iran und aus Syrien kommen². Die Frage, ob es sich bei den Kurden um eine (in der Türkei) benachteiligte Minderheit handle³, also andere "push"-Faktoren als bloße Gegnerschaft zum jeweiligen Regime sie von zu Hause vertrieben, ist nach meiner Meinung deshalb so bedeutsam, weil sie eine Antwort auf die im Zusammenhang mit dem Ausländerstudium immer wieder aufgeworfene Frage der sogenannten Re-Integration erheblich beeinflußt. Falls es nämlich zuträfe, daß sich unter den türkischen Studenten in der Bundesrepublik viele Kurden befinden, wäre die Kontroverse über den sogenannten "brain-drain" anders zu führen als üblich. Man möchte zunächst der Auffassung zustimmen, daß "ein Vollstudium angehender Fach- und Führungskräfte aus der Dritten Welt in der Bundesrepublik Deutschland ... nur dann als sinnvoll erachtet werden, wenn die Absolventen die hier erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten anschließend im Heimatland einsetzen. Ein Daueraufenthalt dieser Personen nach Studienabschluß und eine anschließende Erwerbstätigkeit in der Bundesrepublik sind mit entwicklungspolitischen Zielen unvereinbar; werden sie von der deutschen Administration geduldet, wird dies von den Heimatländern zu Recht in der internationalen Diskussion als unerwünschte Abwerbung dringend benötigter Fachkräfte kritisiert."⁴ Aber man wird dennoch daran zweifeln dürfen, ob erst

¹ Die Süddeutsche Zeitung meldet am 18. September 1987: "Ganze kurdische Dörfer suchen Asyl in der Bundesrepublik". - Vgl. Lutz Grüneberg, aaO, S. 11/3: "Für bestimmte Minderheitsgruppen können soziale und politische Diskriminierungsercheinungen ... verstärkend hinzukommen, wie es besonders bei den Indonesiern chinesischer Abstammung bzw. bei den Türken der Fall ist".

² Sabine Bollermann: Die Kurden - ein geteiltes Volk, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik (ZAR) 2/1986, S. 78.

³ Vgl. etwa Sabine Bollermann: Die Kurden in der Asylrechtsprechung, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik (ZAR) 3/1986, S. 129 - 138, hier: S. 134. - Andere "Problem"gruppen, wie etwa die Yezidi, müßten in diesem Zusammenhang wenigstens erwähnt werden.

⁴ Wolfgang Schmidt-Streckenbach: Strukturen des Ausländerstudiums in der Bundesrepublik, Speyer: Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Manuskript, 1985, S. 17.

die Verleihung eines deutschen Universitätsdiploms jemanden zu einer "angehenden Fach- und Führungskraft" macht. Es könnte doch durchaus sein, daß die Qualität "Führungskraft" längst feststeht, bevor welches (Hochschul-)Diplom auch immer verliehen ist, oder daß die Unmöglichkeit, Führungskraft sein zu dürfen, ebenso unumstößlich feststeht, woran Diplome, von wem immer verliehen, nichts ändern.

Zwar kann man durchaus fragen, ob nicht in der Tat manche Länder auch Vorteile darin sehen, daß einige ihrer Studenten im Ausland verbleiben, weil das eben ein "way to earn foreign exchange, export dissidents"¹ wäre. Mit solchen Fragen darf freilich nicht abgelenkt werden von dem Interesse mancher Zielländer, ihren - wie immer diagnostizierten - Bedarf an akademisch ausgebildeten Fachkräften notfalls mit ausländischen Hochschulabsolventen zu decken², was speziell für Ärzte in der Bundesrepublik Deutschland am Ende der sechziger Jahre gegolten haben mag³. "Daß im Jahre 1975 über 5.000 Ärzte aus Entwicklungsländern in der Bundesrepublik Deutschland arbeiten, erschüttert ... die Glaubwürdigkeit der deutschen Entwicklungspolitik"⁴. Die mangelnde Rückkehrbereitschaft mancher ausländischen Ärzte hing allerdings

¹ Jonathan Kandell: Third World Discovers "Advantages" of Brain Drain, in: International Herald Tribune vom 30. Sept. 1980 (mit Bezug auf die Philippinen).

² M. Usman Malik: Ein internationales Problem, in: M. Usman Malik (Hrsg.) Brain Drain und Reintegration. Ein internationales Problem, Bonn: Eichholz Verlag, 1974, S. 14; ferner: Bichmann, W., Diesfeld, H.J., Sich, D.: Medizin in Entwicklungsländern - Praxisorientierte Lehre. Bericht über ein Expertenseminar 8./9.3.1984 in Heidelberg. Modellversuch Lehrangebot Medizin in Entwicklungsländern. Materialien Nr. 2, S. 29; Heidelberg: Institut für Tropenhygiene und Öffentliches Gesundheitswesen am Südostasieninstitut der Universität Heidelberg, 1984; ferner: Gerd Lefelmann: Zum "Brain Drain" ausländischer Humanmediziner in die Bundesrepublik Deutschland, in: Konjunkturpolitik, 27. Jg., H. 3 (1981), S. 176 - 205.

³ Vgl. Parvis Tawakoli: Ausländische Ärzte in der Bundesrepublik und ihre Probleme bei der Reintegration am Beispiel iranischer Mediziner, in: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Vierteljahresberichte. Probleme der Entwicklungsländer, Nr. 66/1976, S. 321 - 329; ferner: Hans Peter Schipulle: aaO, S. 59; Ahmed Abdel Gadir Abdel Basit: Einige politische und soziale Aspekte des Studiums der Afrikaner in der Bundesrepublik Deutschland, Diss.phil. Freiburg, 1967, S. 14f. Salma Galal: Ausländische Ärzte in Niedersachsen. Eine empirische Studie über "Pull"- und "Push"-Faktoren, die zum "Brain Drain" führen, Diss. Medizinische Hochschule Hannover 1977, formuliert prononciert: "Ohne die ausländischen Ärzte wäre das Gesundheitssystem in der BRD zusammengebrochen. ... ausländische Ärzte dienen als Lückenfüller des deutschen Gesundheitssystems, ähnlich wie Gastarbeiter als 'Reservearmee'." (S. 31).

⁴ Erhard d'Angelo: Ausbildung von Ausländern - Gesamtkonzept tut not, in: Auslandskurier, 18. Jgg. Heft 4, April 1977, S. 12.

nicht allein von hiesigen Attraktionen ab; denn - wie Parvis Tawakoli seinerzeit darstellte - wollten 14% der von ihm befragten iranischen Ärzte nicht in den Iran zurückkehren, davon zwei Drittel aus "politischen" Gründen¹. Einen vergleichbaren Prozentsatz rückkehrunwilliger Studenten hat auch Robert G. Myers für ausländische Studenten in den USA ermittelt². In ihrer großangelegten international vergleichenden Studie haben William A. Glaser und G. Christopher Habers ebenfalls herausgefunden, daß 12 % aller Auslandsstudenten nicht in ihre Heimat zurückkehren wollen³, von den Iranern sind es 12 %, bei den Türken 22 %⁴. Die Autoren merken an, daß "nationalistische" Politiken in den Herkunftsländern (insbesondere in der Türkei) die Rückkehrunwilligkeit begünstigen⁵. In der Bundesrepublik wurde die Verantwortung für den "brain-drain" prompt den Heimatländern zugeschoben: "Das Problem des brain drain muß letztlich ... von den Entwicklungsländern selbst bewältigt werden; die Bundesrepublik kann - auch aus wohlverstandenen Eigeninteresse - dabei einen Beitrag über den Weg der Reintegrationsförderung leisten ... Selbsthilfformen wie etwa die türkischen Arbeitnehmerschaften bieten hierfür ideale Ansatzpunkte und haben sich weitgehend bewährt"⁶.

¹ Parvis Tawakoli: Ausländische Ärzte ..., S. 326: "86 % der in der Bundesrepublik lebenden iranischen Ärzte würden in den Iran zurückgehen, wenn ihnen der erstrebte Arbeitsplatz angeboten würde. 14 % von ihnen begründen ihren Entschluß, in der Bundesrepublik zu bleiben, mit politischen (2/3) und familiären (1/3) Motiven".

² Robert G. Myers: Education and Emigration. Study Abroad and the Migration of Human Resources, New York: David McKay Comp., 1972, S. 109, schätzt den Anteil der nichtrückkehrwilligen ausländischen Studenten in den USA auf durchschnittlich 14,9 %; von den Iranern seien 17,8 % (S. 131) nicht zur Rückkehr bereit, gegenüber 38,3 % rückkehrunwilligen Deutschen.

³ William A. Glaser, G. Christopher Habers: The Brain Drain: Emigration and Return. Findings of a Unitar Multinational Comparative Survey of Professional Personnel of Developing Countries Who Study Abroad, Oxford-New York-Toronto-Sidney-Paris-Frankfurt: Pergamon Press, 1978, Tabelle II-1, S. 15.

⁴ William A. Glaser, G. Christopher Habers: a.a.O., Tabelle III-1, S. 27.

⁵ William A. Glaser, G. Christopher Habers: aaO, S. 39.

⁶ Manfred Werth: Brain Drain oder Reintegrationschance, in: Auslandskurier, 18. Jg. Heft 4, April 1977, S. 18.

Weniger optimistisch urteilen freilich die Autoren einer Studie über türkische Arbeitnehmer-Gesellschaften, "daß begründete Zweifel am Reigrationseffekt der ANG (scil.: Arbeitnehmer-Gesellschaften, D.L.) angebracht sind"¹.

Im Lichte der genannten Untersuchungen wäre es sicherlich verfehlt, den größten Teil der türkischen Studenten in der Bundesrepublik als "politische" Flüchtlinge² anzusehen. Man wüßte gern mehr darüber, wie groß der Anteil der Flüchtlinge (und deren Kinder), der Kinder von Arbeitsmigranten, der "Bildungsinländer", der "echten" Auslandsstudenten unter den türkischen Studenten in der Bundesrepublik ist. Aber Bockhorni et al. nennen keine Studie über griechische oder türkische Studenten, nur jeweils eine über indonesische bzw. iranische Studenten in der Bundesrepublik³. So gibt es über die türkischen Studenten zwar Vermutungen, etwa, daß sie insgesamt gesehen weniger

¹ Claus Mühlfeld, Faruk Sen, Rolf Richter: Türkische Arbeitnehmer-Gesellschaften, Bamberg: Universität Bamberg (Zwischenbericht DFG-Forschungsprojekt MU 485/5), 1981, S. 134.

² Klaus Schnitzer, Hildegard Schäper, Joachim Gutmann, Christian Breustedt: Probleme und Perspektiven des Ausländerstudiums in der Bundesrepublik Deutschland. Untersuchung über Studienverlauf, Studienbeginn, soziale Lage und Reintegration von Studenten aus Entwicklungsländern, Hannover: HIS GmbH, 1986, geben an, daß unter allen von ihnen befragten Studenten aus Entwicklungsländern 15 % sich zu Minderheiten rechnen. "Unter ihnen bilden die chinesischen (Indonesien), die palästinensischen (Naher Osten) und die kurdischen Minderheiten (hauptsächlich Türkei) die größten Gruppen. ... ihr Anteil (scil.: dürfte, D.L.) aber auch nicht so hoch liegen, als daß man vermuten könnte, das Ausländerstudium in der Bundesrepublik Deutschland wäre durch diese Gruppen ... bestimmt". (S. 71) -Hannelore Fielhauer, Hannes Pointner und Atiye Zauner: Zur Situation der ausländischen Studenten in Österreich. Stipendiaten und Förderungsempfänger aus Entwicklungsländern. Eine vergleichende Untersuchung, Teil B: Kurzfassung, Wien: Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe, 1989, geben an, daß 22,9 % der in ihrer Untersuchung erfaßten türkischen Studenten einer (ethnischen oder politischen) Minderheit angehören (S. 9).

³ Reinhard Bockhorni et al.: Ausländerstudium ..., a.a.O., S. 19.

Schaubild 11: Türkische Studenten an bundesdeutschen Hochschulen
(1955 - 1988)

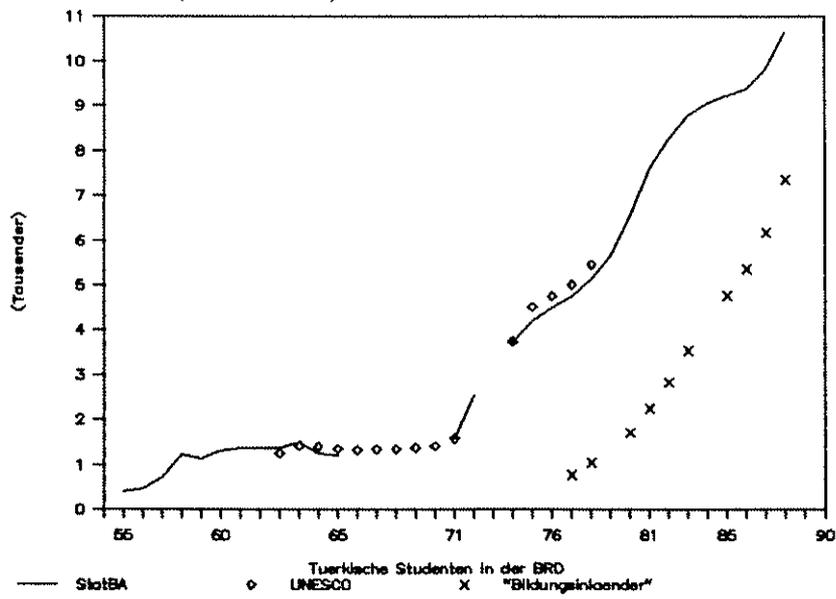
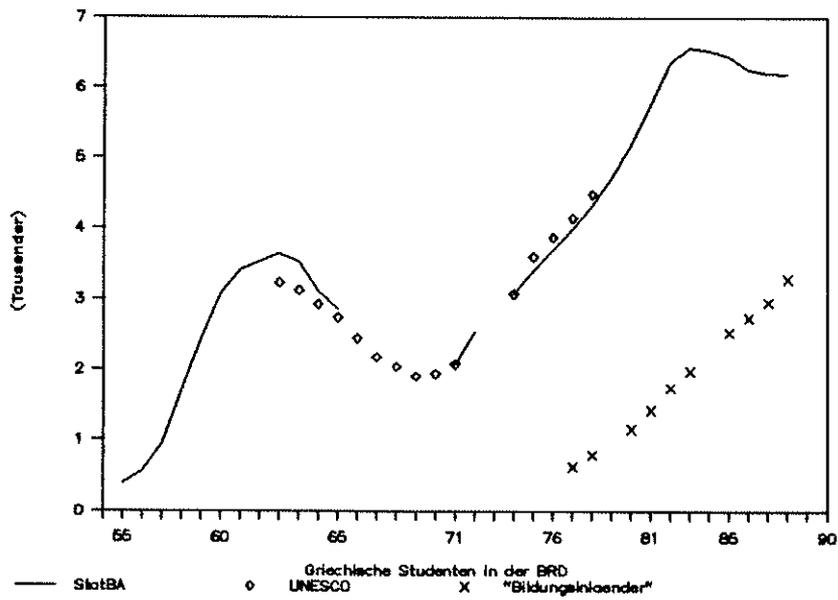


Schaubild 12: Griechische Studenten an bundesdeutschen Hochschulen
(1955 - 1988)



erfolgreich studierten als Studenten aus anderen Ländern¹, daß verwandtschaftliche Beziehungen in die Bundesrepublik Deutschland ein bedeutsamer Grund für sie seien, an deutschen Hochschulen zu studieren², schließlich, daß die von offizieller türkischer Seite entsandten Studenten weniger Probleme hätten als die übrigen³. Aber empirische Untersuchungen hierzu sind ein Desiderat. Dies gilt umso mehr als man annehmen kann, daß mindestens ein Drittel aller im Ausland studierenden Türken dies in Deutschland tut⁴.

¹ Christoph Oehler, Heinrich Pabel: Das Studium der Ausländer ..., a.a.O., S. 87. Diese Vermutung ist keineswegs neu: Hans Hermann Russack bemerkt in seinem Aufsatz "Türkische Jugend in Deutschland" (o.O., o.J. 1918 (?)): "Die Entsendung von türkischen Studenten, früher nach Frankreich, in letzter Zeit vor dem Kriege auch nach Deutschland, hat im allgemeinen ungünstige Resultate ergeben ... weil die Studierenden mit ungenügenden Unterweisungen ... mit unklaren Zielen und ungenügenden Sprachkenntnissen ausgestattet waren ... Die jungen Leute vertragen im allgemeinen die akademische Freiheit Deutschland (...) rein äußerlich nicht und verbummeln vielfach rasch". (S. 5/6). - Helmut Birkenfeld bemerkt: "... von ca. 7.000 z. Zt. anwesenden (scil.: türkischen Studenten, D.L.) kehren 86 % nach einem "Wartestudium" von zwei - drei Jahren in die Türkei zurück" (Deutschunterricht in der Türkei, in: die dritte welt, Nr. 3 - 4/1980, S. 307).

² Peter Grieswelle: Studenten aus Entwicklungsländern. Eine Pilot-Studie, München: Minerva Publikation Saur, 1978, S. 18; so auch Lutz Grüneberg, a.a.O., S. II/4.

³ "Die türkischen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und ihre Probleme", in: Deutsch-Türkische Gesellschaft e.V. (Hrsg.), Mitteilungen Heft 94, S. 6 - 8; Bonn: Deutsch-Türkische Gesellschaft e.V., Juni 1975; die dort genannten Zahlen über die in Deutschland studierenden Türken übersteigen die Angaben des Statistischen Bundesamts um immerhin 100 % (!) für das Studienjahr 1973/74: der Autor nennt 335 Regierungsstipendiaten, 720 Studenten mit Devisengenehmigung, sowie 6.005 ohne Devisengenehmigung, insgesamt also 7.060; demgegenüber verzeichnet das Statistische Bundesamt für das Wintersemester 1972/73 insgesamt 2.540 türkische Studenten, für das Wintersemester 1974/75 insgesamt 3.745 türkische Studenten. - Allerdings sind in die Statistik nach Auskunft des Autors auch Schüler einbezogen; andererseits bezeichnet er die Statistik als unvollständig.

⁴ Aus den von der UNESCO herausgegebenen Statistiken errechnet sich für 1962 bis 1971 jeweils als Anteil der in der Bundesrepublik Deutschland studierenden Türken an allen im Ausland studierenden Türken von knapp über 30 %; für die Zeit von 1974 bis 1978 liegt dieser Anteil knapp unter 50 % (allerdings nennt die UNESCO für diesen Zeitraum unvollständige Gesamtzahlen). - Philip G. Altbach, David H. Kelly, Y. G-M. Lulat: a.a.O., S. 2 geben für 1980 an, 14.606 Türken im Ausland studierten; der KMK-Bericht (1981), aaO, Tabelle 5 nennt 5.653 türkische Studenten im Wintersemester 1979/80. - Alan Smith, Christine Woesler de Panafieu, Jean-Pierre Jarousse: Foreign Student Flows and Policies in an International Perspective, in: Peter Williams (ed): The Overseas Question. Studies for a Policy, London: Heinemann, 1981, schätzen für 1976 den Anteil der in Deutschland studierenden Türken auf die Hälfte aller im Ausland studie-

Die Graphik veranschaulicht, "daß die Zahl türkischer Studenten in Deutschland, besonders derjenigen ohne Devisengenehmigung, von Jahr zu Jahr wächst. Der Grund dieser Steigerung liegt vor allem in der ständigen Zunahme türkischer Gastarbeiter"¹. So jedenfalls die offizielle türkische Auffassung. Daß die Zulassung zum Studium ein Weg sein kann, die Nachzugsrichtlinien zu unterlaufen, die die Bundesregierung gegen unerwünschte Einwanderer erließ, legen einschlägige Gerichtsurteile² nahe, die meines Wissens nur für oder gegen türkische Staatsangehörige erstritten wurden. Wenn es so wäre, daß die Studentenzahlen eine Folge der Arbeitsmigration sind, so müßten sich ähnliche Entwicklungen für beispielsweise die griechischen, italienischen oder jugoslawischen Studenten zeigen. Ein Blick auf die Entwicklung der Zahl griechischer Studenten in der Bundesrepublik zeigt aber, daß die Annahme einer solchen Regelmäßigkeit zumindest noch zu spezifizieren wäre; denn sie verläuft offenbar ganz anders.

Aus den Schaubildern ist erkennbar, daß der "Bildungsinländer"Anteil bei den Griechen geringer ist und auch flacher ansteigt als bei den Türken. Liegt dies an der Existenz griechischer Lyzeen in der Bundesrepublik? Oder sollten einfach griechische Familien weniger Kinder haben als türkische? Oder müßte man diesen Unterschied auf die Tradition zurückführen, derzufolge griechische Studenten in Italien³ studieren, wenn sie daheim nicht unterkommen?

Deutlich erkennbar ist auch, daß die Zahlen griechischer Studenten sich ab 1963 und - nach einem neuerlichen Anstieg - ab 1982 verringern. Vermutlich ließe sich dieser Rückgang noch deutlicher dokumentieren, wenn man Studienanfängerzahlen betrachtete. Für 1963 bietet sich eine "innerdeutsche" Erklärung an: griechische Schulzeugnisse wurden seinerzeit (ab 1962) nicht mehr als Qualifikationsnachweis für den unmittelbaren Zugang zu deutschen Universitäten anerkannt, was in einem Rückgang der Studentenzahlen resultierte⁴.

renden Türken (S. 230).

¹ "Die türkischen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und ihre Probleme", a.a.O., S. 6.

² So das OVG Münster (Beschuß vom 30. Juli 1981, Az.: 18 B 1183/81), in NVwZ 1982, S. 389; das VG Berlin (Beschuß vom 24. Juni 1983, Az.: VG 11 A 309/83), in: InfAuslR 1983, S. 214; das VG Kassel (Urteil vom 13. September 1984, Az.: IV/1 E 248/84), in InfAuslR 1985, S. 76.

³ Agnes Baumier: "chaque année, des milliers d'étudiants grecs refoulés à la porte de leurs trop petites universités viennent trouver refuge dans les facs italiennes" (in: L'étudiant, Mensuel no. 98, juin 1989, S. 88 - 89).

⁴ Vgl. Christoph Oehler und Hermann Pabel, aaO, S. 36 - 37.

Dasselbe gilt auch für türkische Schulzeugnisse und Studentenzahlen, wenn sich dies auch aus dem Schaubild nicht so deutlich entnehmen läßt. Der hiergegen provozierten Klage, in der ersten Instanz erfolgreich¹, war letztlich kein Erfolg beschieden.

Erfolgte 1962 eine "Abwertung" (nicht nur) der griechischen und türkischen Schulzeugnisse, so ist der Knick 1982 einer "Aufwertung" zuzuschreiben: seither gelten die Ergebnisse der Hochschulaufnahmeprüfungen in beiden Ländern als Eintrittsbillett für deutsche Hochschulen, wenn sie auch im jeweiligen Heimatland den Zugang zur Hochschule eröffnen. Das hatte einen deutlichen Rückgang der Studienbewerberzahlen zur Folge, so daß es zu der besorgten Mahnung kam: "Die Verantwortlichen müßte es aber zum Nachdenken anregen, daß die Zahl der Studienbewerber, die sich vom Ausland her zu einem Studium in der Bundesrepublik melden, immer geringer wird gegenüber der steigenden Zahl der hier studierenden Asylanten und politischen Flüchtlinge² Während sich bei den griechischen Studenten ein deutlicher Rückgang zeigt, läßt sich bei den türkischen Studenten aber nur eine Abflachung des Zuwachses erkennen. Türkische Studieninteressenten haben, freilich erfolglos³, gegen diese "Aufwertung" prozessiert, die dem erklärten Willen der deutschen Kultusministerkonferenz entsprach, die Zahl ausländischer Studenten zu begrenzen, wie weiter oben ausgeführt. Lassen sich diese Prozesse als ein Indiz für den besser entwickelten Familiensinn türkischer Arbeitsmigranten verstehen, von dem schon die Rede war?

Unterschiede lassen sich auch an der Quote der Universitätsstudenten unter allen griechischen bzw. türkischen Studenten ablesen. Während nämlich diese Quote bei den Griechen mit rund 86% weit überdurchschnittlich ist - für alle ausländischen Studenten liegt sie bei 72 % -, sind nur 54 % der türkischen Studenten an Universitäten, die übrigen also an anderen Hochschulen, ins-

¹ Vgl. Werner Weber: Dokumentation. Urteil des Verwaltungsgerichts Aachen zur Frage der Feststellungsprüfung für Türken (und Griechen), in: World University Service, Deutsches Komitee e.V. (Hrsg.): ew. Entwicklungsländer, Nr. 6/1976, 15. Jahrgang, Dezember 1976.

² Franz Stadelmaier: Die Studienkollegs der Bundesrepublik - Situation und Perspektiven, in: R. Scheerer et al. (Hrsg.): Lernen und Lehren am Studienkolleg. Festschrift zu 25jährigen Bestehen der Studienkollegs, Sarbrücken: Studienkolleg, 1985, S. 66.

³ VG Gelsenkirchen (Beschuß vom 11. Januar 1982, Az.: 4 L 2044/81), in: KMK-HSchR 1983, S 1; VGH Kassel (Beschuß vom 4. November 1983, Az.: 6 TG 5022/83), in: ZAR 1985, S. 92; VGH Mannheim (Beschuß vom 6. August 1985, Az.: 9 S 1496/85), in: KMK-HSchR 1986, S. 305.

besondere Fachhochschulen, eingeschrieben. Wie soll man sich diesen Unterschied erklären?

2.8 Studenten aus Italien und Jugoslawien

Während sich die Entwicklung der Zahl griechischer Studenten von der der türkischen deutlich unterscheidet, sind die Entwicklungen für die italienischen oder jugoslawischen doch ähnlich:

Die Quote der Universitätsstudenten unter den italienischen bzw. jugoslawischen Studenten entspricht dem Durchschnitt. Sie schwankt für die Italiener¹ um 73 %, für die Jugoslawen ist sie von 73 % im Wintersemester 1978/79 auf 68 % im Wintersemester 1987/88 leicht abgefallen. Auch der Anteil der Frauen an allen Studenten entwickelt sich ähnlich, im eben genannten Zeitraum von 41,0 % auf 53,5 % für die Italiener, von 40,4 % auf 49,8 % bei den Jugoslawen. Diese Ähnlichkeiten sind umso verblüffender, als man annehmen darf, daß es für einige italienische Staatsangehörige (aus Südtirol) besondere Stipendienprogramme von deutscher Seite gibt, für die keine Entsprechung für jugoslawische Staatsangehörige existiert. Sollten derlei Förderungsprogramme keinen spürbaren Einfluß auf die Studentenstatistiken haben? Wie anders hätten sich die Zahlen entwickelt, gäbe es nicht zudem Studienprogramme in Italien, die Auslandsaufenthalte² zwingend vorschreiben?

¹ Ewald Berning: Hochschulwesen im Vergleich: Italien - Bundesrepublik Deutschland. München: Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung, 1988, behauptet für italienische Studenten, daß sie an Fachhochschulen unterrepräsentiert seien, weil sie traditionsgemäß Geisteswissenschaften studierten.

² Vgl. Alan Smith: From 'Europhoria' to Pragmatism: towards a new start for higher education cooperation in Europe?, in: European Journal of Education, vol. 15, no. 1, 1980, S. 74.

Schaubild 13: Italienische Studenten an bundesdeutschen Hochschulen
(1955 - 1988)

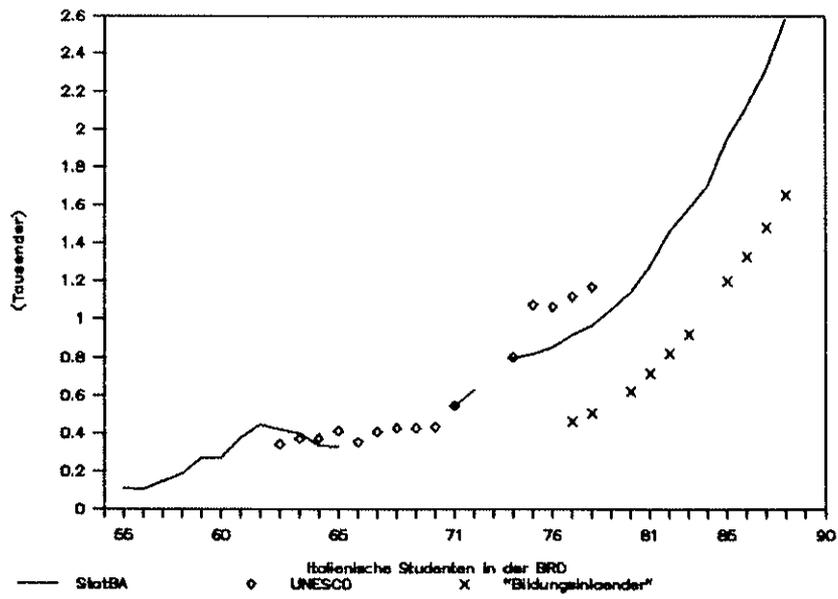
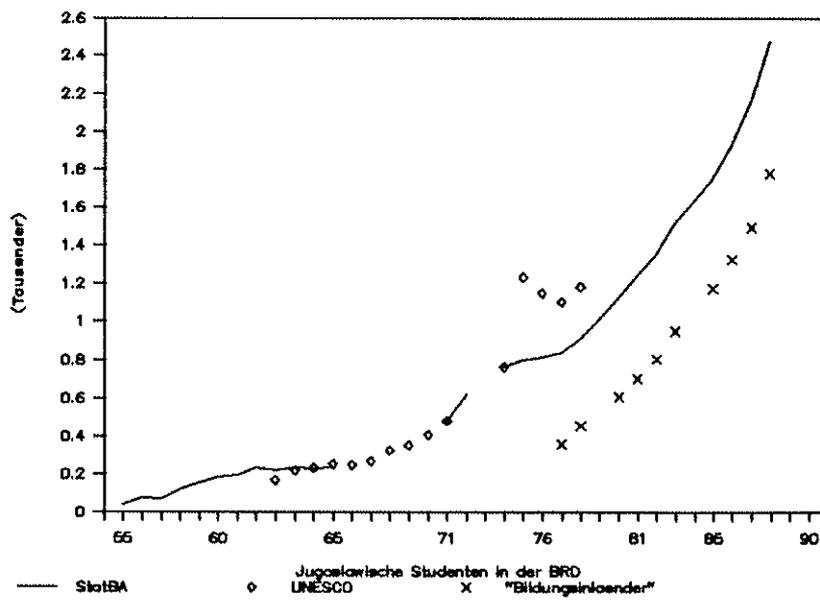


Schaubild 14: Jugoslawische Studenten an bundesdeutschen Hochschulen
(1955 - 1988)



2.9 Studenten aus Frankreich

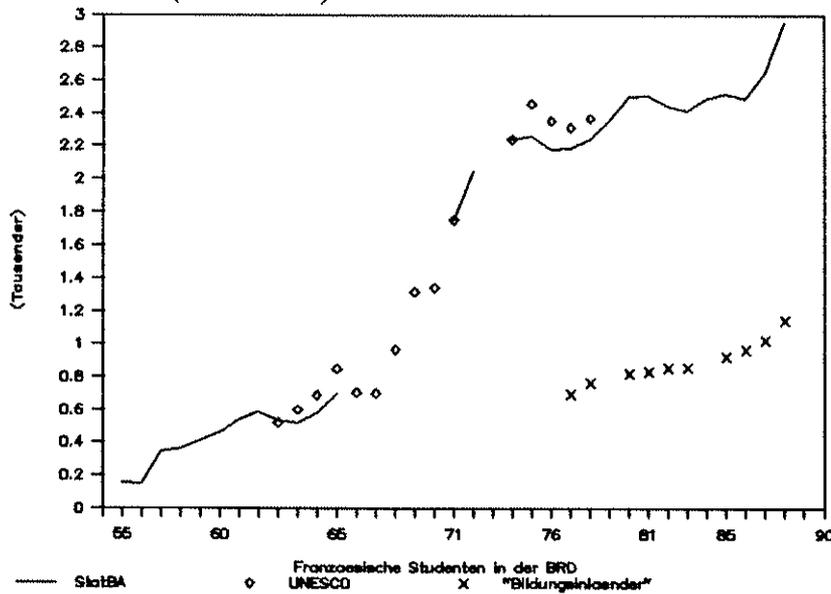
Ein Blick auf die Entwicklung der Zahl der Studenten aus Frankreich zeigt, daß besondere Förderungsprogramme, wie z. B. das 1962 gegründete "Deutsch-Französische Jugendwerk", das "Romanistenprogramm" für Deutsche, das "Germanistenprogramm" für Franzosen, einen überdurchschnittlichen Anstieg der Studentenzahlen nach sich ziehen. - Aber es ist doch erstaunlich, daß seit 1976, dem Jahr des Inkrafttretens des Hochschulrahmengesetzes, die Zahl französischer Studenten an deutschen Hochschulen nur geringfügig steigt, obwohl die Zahl der französischen Studenten insgesamt - in Frankreich - erheblich zunimmt. (Das HRG weist deutschen Hochschulen auch die Aufgabe zu: "Die Hochschulen fördern die internationale, insbesondere die europäische Zusammenarbeit im Hochschulbereich und den Austausch zwischen deutschen und ausländischen Hochschulen." Der Passus wurde in die Landeshochschulgesetze übernommen.)

Das hängt vermutlich damit zusammen, daß die deutschen Bemühungen um die europäische Zusammenarbeit im Hochschulbereich mehr darauf abzielten, deutsche Studenten ins Ausland zu "exportieren" als ausländische Studenten hier zu empfangen. Die Bundesregierung räumt ein, "daß nahezu die Hälfte der Studenten aus EG-Ländern ... ihren ständigen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland haben. Bei ihnen dürfte es sich also nicht um Studenten handeln, die an einem Austauschprogramm teilnehmen oder die zu einem Studien- oder Praxisaufenthalt in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sind"¹, vielmehr sei das Anwachsen der Zahl europäischer Studenten unter den Ausländern an den deutschen Hochschulen "bei genauerer Analyse vor allem auf den Anstieg der "Bildungsinländer" ... zurückzuführen", weshalb eine Öffnung der Hochschulen gefordert wird.²

¹ Bundestagsdrucksache 10/6419: "Probleme der Hochschulpolitik im Bereich der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere der Förderung der Mobilität von Studierenden und Wissenschaftlern", vom 12. November 1986, S. 3.

² "Die Bundesregierung tritt nachdrücklich für eine verstärkte Mobilität der Studenten innerhalb Europas ein; dies gilt auch für den Bereich zulassungsbeschränkter Studiengänge, in denen die Zahl ausländischer Studenten aus Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft noch sehr gering ist ..." Bundestagsdrucksache 10/5171: Situation und Perspektiven des Studiums ausländischer Studierender in der Bundesrepublik Deutschland, vom 12. März 1986, S. 7.

Schaubild 15: Französische Studenten an bundesdeutschen Hochschulen
(1955 - 1988)



2.10 Studenten aus den USA

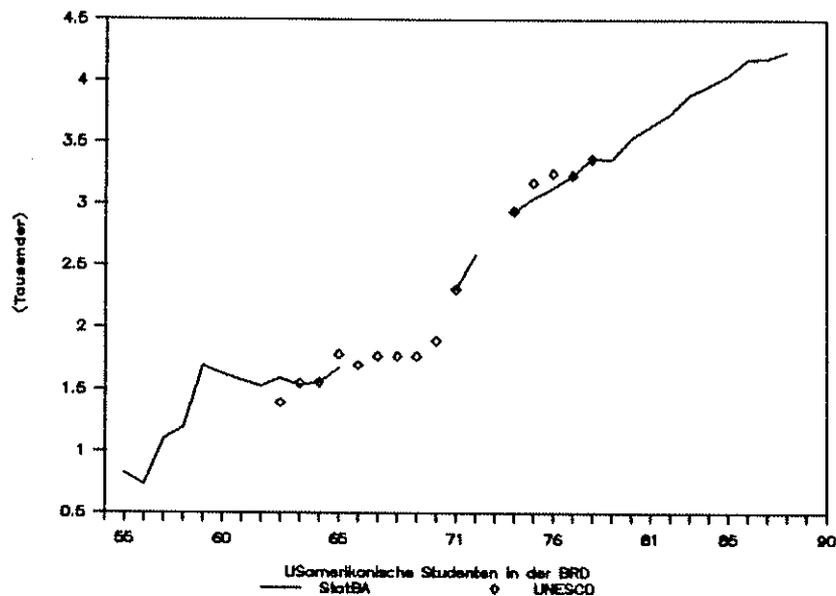
Ein letzter, abschließender Blick soll der Entwicklung der Zahl der Studenten aus den USA an deutschen Universitäten gelten. Es gibt eine lange, auch recht gut beschriebene Tradition des Studiums amerikanischer Studenten in Deutschland. So verwundert es nicht, daß die Zahlen der amerikanischen Studenten sich "normal" entwickeln, d.h. der Entwicklung folgen, die sich für alle ausländischen Studenten hierzulande zeigte. Es fehlte nicht an aktiver Einflußnahme von beiden Seiten, dem Gastland wie dem Heimatland. So werden Teilnehmer an amerikanischen "junior-year-abroad"-Programmen¹ als Studenten registriert, obwohl sie bisweilen den strikten Qualifikationsansprüchen der Kultusminister nicht genügen dürften. So wird beispielsweise im Gesetz über die Universitäten im Lande Baden-Württemberg (Universitätsgesetz - UG) vom 4. Juni 1982 (GBl. S.177) bestimmt:

"Ausländische Studierende, die während eines bestimmten Abschnitts ihres Studiums an einer deutschen Hochschule studieren wollen, können für eine

¹ Vgl. Gerhard Hess: Community Colleges und akademische Auslandsprogramme, in: Hermann Röhrs (Hrsg.): Tradition und Reform der Universität unter internationalem Aspekt. Ein interdisziplinärer Ansatz. Frankfurt/M.-Bern-New York-Paris: Verlag Peter Lang, 1987, S. 229 - 238.

bestimmte Frist zugelassen werden. Von § 85 Abs. 5 (scil.: dem Erfordernis des Nachweises der "erforderlichen" Qualifikation, D.L.) kann der Präsident oder Rektor in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen. Dies gilt insbesondere für Studenten von ausländischen Hochschulen, mit denen Partnerschaftsverträge über einen Studentenaustauschehen." (§ 92 Abs. 2 UG)

Schaubild 16: Studenten aus den USA an bundesdeutschen Hochschulen (1955 - 1988)



Ebenso spielen sicherlich Austauschbeziehungen eine Rolle, die ehemalige Emigranten aus der Nazi-Zeit, wie z. B. der Philosoph Werner Marx nach seiner Berufung an die Universität Freiburg, in der Überzeugung knüpften, "daß man das Aufkommen neuer katastrophaler Vorurteile nur dadurch verhüten kann, daß man der deutschen Jugend etwa durch schlichte Präsenz vor Augen führt, daß jüdische Menschen weder Teufel noch Engel sind"¹.

¹ Benita Luckmann: New School - Varianten der Rückkehr aus Exil und Emigration, in: Ilja Srubar (Hrsg.): Exil, Wissenschaft, Identität. Die Emigration deutscher Sozialwissenschaftler 1933 - 1945, Frankfurt: Suhrkamp, 1988; S. 353 - 378 (hier: S. 369).

3 Schluß

Die hier angestellten Betrachtungen über die ausländischen Studenten an deutschen Universitäten tragen in vieler Hinsicht vorläufigen Charakter; manche Behauptungen werden wohl modifiziert werden müssen, wenn empirische Untersuchungen zu den hier vorgetragenen Fragen durchgeführt werden. Daß sie endlich unternommen werden, ohne daß die methodischen Mängel der Vorgänger repliziert werden, wäre zu wünschen.

Anschrift des Verfassers:

Dr. Dieter Lucht
Akademisches Auslandsamt
der Universität Bamberg
Kapuzinerstr. 16

8600 Bamberg